

Rose, Klaus

Article — Digitized Version

Möglichkeiten und Grenzen einer übernationalen Konjunkturpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rose, Klaus (1967) : Möglichkeiten und Grenzen einer übernationalen Konjunkturpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 7, pp. 360-364

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133739>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Möglichkeiten und Grenzen einer übernationalen Konjunkturpolitik

Prof. Dr. Klaus Rose, Mainz

Die Forderung nach einer übernationalen Konjunkturpolitik, die im Zeichen der europäischen Integrationsbestrebungen immer dringlicher erhoben wird, ist nur dann berechtigt und erhält nur dann einen Sinn, wenn

- Konjunkturbewegungen nicht auf den nationalen Bereich beschränkt bleiben, sondern auf andere Länder übergreifen, und wenn
- die Stabilität der Wechselkurse zur wirtschaftspolitischen Norm erhoben wird.

DIE INTERNATIONALE ÜBERTRAGUNG KONJUNKTURELLER STÖRUNGEN

Was die erste der genannten Voraussetzungen angeht, so wären Konjunkturschwankungen nur in einer Volkswirtschaft, die von der Außenwelt völlig isoliert ist, ein rein nationales Problem. Je enger dagegen die Verbindung zwischen den in- und ausländischen Märkten für Güter, Dienstleistungen und Kredite ist, um so mehr wird — bei stabilen Wechselkursen — die inländische Konjunktur vom Ausland beeinflusst und umgekehrt. Die internationale Übertragung der Störungen erfolgt dabei auf drei Wegen:

- durch Schwankungen des Volkseinkommens. Nehmen wir z. B. an, daß das inländische Volkseinkommen als Folge eines Konjunkturaufschwunges bedeutend stärker steigt als das Volkseinkommen im Ausland. Aufgrund der starken Zunahme des Inlandseinkommens werden natürlich die Importe dieses Landes, d. h. die Exporte der Handelspartner, ebenfalls rasch wachsen, so daß die inländische Konjunktur durch Belegung der ausländischen Exportgüterindustrie auf die Handelspartner übertragen wird;
- durch Preisänderungen: Ergeben sich im Zuge eines konjunkturellen Aufschwunges starke Preiserhöhungen im Inland, so werden die Importe aus dem nunmehr preisgünstigeren Ausland ebenfalls rasch zunehmen. Wiederum wird die inländische Konjunktur auf das Ausland übertragen;
- durch die Kommunikation zwischen den Geld- und Kapitalmärkten der einzelnen Länder.

Konjunkturbewegungen sind also nicht an das Land gebunden, in dem sie geboren werden; der Einkommensmechanismus, der Preismechanismus sowie die Verflechtung der Geld- und Kapitalmärkte sorgen vielmehr für ein Übergreifen des konjunkturellen Funkens auf die Partnerländer, von wo er — nachdem er genügend gekräftigt ist — wieder auf das Ausgangsland zurückspringt und eine zweite Stufe der Konjunkturrakete zündet. Diese Abhängigkeit von der

Konjunktorentwicklung des Auslands — und das zeigte sich in den 30er Jahren sehr deutlich — muß nun alle Versuche, Ordnung im eigenen Hause zu halten, die binnenwirtschaftliche Konjunktur nur mit Mitteln der nationalen Wirtschaftspolitik zu stabilisieren, zum Scheitern verurteilen. So lag es angesichts der politischen, sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten zur Verhinderung von konjunkturellen Extremlagen nahe, diesen unheilvollen Konsequenzen der weltwirtschaftlichen Verbundenheit durch Abkapselung vom Weltmarkt zu entgehen. In der Tat zerfiel in den 30er Jahren die internationale Konjunkturgemeinschaft, als sich die einzelnen Länder mit Hilfe von Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen, Einfuhrkontingenten und Zollerhöhungen zu isolieren versuchten, um auf diese Weise, ungestört von der Konjunkturentwicklung des Auslands, autonome Konjunkturpolitik betreiben zu können. Ein weitgehender Verzicht auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung war der Preis, der für diese Isolierung, für den Versuch, Konjunkturpolitik nur nach nationalen Gesichtspunkten zu treiben, bezahlt werden mußte.

RÜCKKEHR ZUM FREIHANDEL UND AUTONOME KONJUNKTURPOLITIK

Nach dem zweiten Weltkrieg hat man nun versucht, der Rückbildung der Weltwirtschaft entgegenzuwirken. Die Liberalisierung des Handels und der weltweite Abbau der Devisenbewirtschaftung haben die Abhängigkeit von den Gütermärkten und Geld- und Kapitalmärkten der anderen Länder wieder verstärkt und die internationale Konjunkturverbundenheit zum großen Teil erneut hergestellt. Da die einzelnen Länder aber weiter fortfuhren, autonome Konjunkturpolitik zu treiben, ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht mit dem Ausland abzustimmen, mußte diese Rückkehr zum Freihandel notwendig die Zahlungsbilanzen in Unordnung bringen. Auf der einen Seite konnte man beobachten, daß die Importe jener Länder, welche starke Zuwachsraten des Volkseinkommens und überproportionale Preiserhöhungen aufwiesen, sehr stark und sehr schnell stiegen, so daß sich eine Tendenz zu permanenten Zahlungsbilanzdefiziten ergab, andererseits konnten alle Länder mit nur langsamer Konjunkturentwicklung und nur geringen Preiserhöhungen ihre Exporte in das schneller expandierende Ausland sehr stark ausdehnen, so daß diese Länder mit dem Problem ständiger Zahlungsbilanzüberschüsse zu kämpfen hatten. Der Versuch, trotz Freihandels die Autonomie der Konjunkturpolitik zu wahren, mußte also notwendig die Zah-

lungsmöglichkeiten einzelner Länder schwächen und zu einer ungleichmäßigen Verteilung der internationalen Devisenreserven führen. Diese Entwicklung bewirkt große Gefahren für den weiteren Ausbau und die Beibehaltung dessen, was uns weltwirtschaftlich am Herzen liegt, nämlich eines größeren Wirtschaftsraumes, einer echten weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit und der freien Austauschbarkeit der Währungen. Insbesondere können zwei Gefahren nicht ganz ausgeschlossen werden.

- Alle Länder, die ihre Konjunktur über den Durchschnitt belegen, werden ihre Importe rascher wachsen sehen als die Exporte und das forcierte Wachstumstempo folglich mit steigenden Zahlungsbilanzdefiziten bezahlen müssen. Unter diesen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie dort, wo dies institutionell möglich ist, zum altvertrauten Mittel der Zollerhöhung und Importkontingentierung greifen und den Freihandel, dem man mit soviel Mühe den Weg geebnet hat, erneut der eigenen Konjunkturpolitik opfern.
- Ähnliche Probleme ergeben sich bei den Bemühungen um die Beibehaltung und den weiteren Ausbau der Konvertibilität, d. h. des Rechts, eigene Währung in jede andere Währung eintauschen zu können. Es ist bekannt, daß im heutigen Währungssystem die Wechselkurse fixiert sind und nur in ganz engen Grenzen um die Parität schwanken können, bevor die Notenbanken an diesen Interventionspunkten zu Eingriffen gezwungen sind. Nehmen wir nun wieder an, daß ein Land ohne Rücksicht auf die Partnerstaaten seine Konjunktur besonders stark vorantreibt, so daß der einsetzende Importsog und die steigende Devisennachfrage den Preis der Auslandswährung an den oberen Interventionspunkt herantreibt. Die Notenbank ist jetzt zur Abgabe von Devisen gezwungen, um durch Vermehrung des Angebots an Devisen weitere Kurserrhöhungen zu unterbinden. Was wird aber geschehen, wenn sie ihre Munition verschossen hat, wenn langanhaltende Defizite ihre Devisenreserven erschöpft haben?

Erstens kann jetzt die Notenbank eine restriktive Geldpolitik betreiben, um Preissenkungen durchzusetzen, die Wachstumsraten zu verlangsamen und auf diese Weise die Wurzel des Übels — das Defizit der Zahlungsbilanz — beseitigen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß die konjunkturpolitischen Zielsetzungen auf diese Art den Erfordernissen des Zahlungsbilanzgleichgewichts geopfert werden. Man kann zweitens daran denken, die eigene Währung abzuwerten. Solange jedoch das Tempo der Expansion und der Preissteigerung nicht gezügelt wird, kann eine einmalige Abwertung die Zahlungsbilanzlücke nur kurzfristig schließen, sie wird nach einiger Zeit von neuem aufgerissen. Drittens würde die Möglichkeit bestehen, zur Überbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten Kredite über den internationalen Währungsfonds oder direkt von anderen Notenbanken aufzu-

nehmen. Viertens — und damit komme ich auf den entscheidenden Punkt — kann daran gedacht werden, den Zahlungsbilanzschwierigkeiten und dem Devisenmangel, die durch den vom Ausland abweichenden Kurs der Konjunkturpolitik selbst verschuldet worden sind, durch Einschränkung der Konvertibilität abzuwehren. Die Zentralbank wird dann nicht mehr in beliebigem Umfang einheimische Währung gegen Fremdwährung eintauschen, um einen völligen Schwund der Devisenreserven zu verhindern. In der Tat dürfte den meisten Ländern heute das Hemd der konjunkturpolitischen Autonomie und der Vollbeschäftigung noch näher sein als der Rock der Konvertibilität. Es ist zumindest nicht unwahrscheinlich, daß ein Land mit ständigen Zahlungsbilanzdefiziten nicht lange zögern wird, die heiligen Prinzipien der Konvertibilität wieder über Bord zu werfen. Die Vorstellung, daß die einmal eingeführte Konvertibilität ein so hohes verpflichtendes Ideal ist, wie es früher einmal die Goldwährung war, und daß deswegen allein die Erklärung der Konvertibilität genügen würde, um die Länder moralisch und faktisch zu verpflichten, ihre Wirtschaftspolitik am Saldo der Zahlungsbilanz auszurichten — diese Vorstellung ist meines Erachtens eine glatte Illusion.

Zuerst habe ich versucht, die Gefahren, die sich aus einer autonomen, unkoordinierten Konjunkturpolitik ergeben, kurz zu skizzieren. Wir können folgern, daß bei unterschiedlichem konjunkturpolitischen Kurs der einzelnen Länder, bei eifersüchtiger Wahrung der Autonomie, der Freihandel notwendig Schaden nehmen muß, solange man an stabilen Wechselkursen festhält. Bei autonomer Konjunkturpolitik und stabilen Kursen ist echte weltwirtschaftliche Integration nicht möglich.

FLEXIBLE KURSE — EINE LÖSUNGSMÖGLICHKEIT?

Man könnte jetzt natürlich daran denken, den gordischen Knoten durch Freigabe der Wechselkurse zu durchschlagen. In der Tat würde dann die autonome Konjunkturpolitik den Zahlungsbilanzausgleich nicht entscheidend beeinträchtigen, da Änderungen der Wechselkurse das Entstehen von Zahlungsbilanzsalden verhindern. Ein Land, das innerhalb einer inflationierenden Umwelt eine Politik der Preisstabilität betreibt, könnte diese Politik bei flexiblen Wechselkursen durchhalten. Das Entstehen von Zahlungsbilanzüberschüssen, die einen Prozeß der importierten Inflation bedingen, würde verhindert werden, da sich der Wechselkurs schnell an die veränderten Nachfrage- und Angebotsströme auf dem Devisenmarkt anpassen würde. Ein weiterer Vorteil flexibler Wechselkurse wäre darin zu sehen, daß die nationale Konjunkturpolitik nicht nur nicht durch Auslandseinflüsse gestört wird, sondern sogar noch an Durchschlagskraft gewinnt. Wenn sich z. B. die Regierung eines Landes im Interesse der Dämpfung von konjunkturellen Überhitzungserscheinungen zu restriktiven Maßnahmen entschließt, kann diese Politik bei

flexiblen Kursen durch Außenhandelseinflüsse noch unterstützt werden. Angenommen z. B., die Zentralbank setzt den Diskontsatz in die Höhe. Unter diesen Umständen kommt es normalerweise zu Geld- und Kapitalimporten aus dem Ausland, also zu steigenden Devisenangeboten, welche eine Senkung des Kurses der Fremdwährung, also eine Erhöhung des Kurses der eigenen Währung zur Folge haben. Die Kursenkung der Fremdwährung verbilligt und erhöht aber die Importe dieses Landes, während die Kurs-erhöhung der eigenen Währung gleichzeitig zu einer Dämpfung der Exporte führt. Exportverminderung und Importsteigerung tragen aber dazu bei, den Dämpfungseffekt der nationalen Konjunkturpolitik zu verstärken.

Nun soll keineswegs verkannt werden, daß andererseits mit flexiblen Kursen eine Reihe von Nachteilen verbunden sein kann, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden soll. Man kann aber wohl als gegeben annehmen, daß eine Freigabe der Wechselkurse in der Gegenwart kaum zu erwarten ist, da flexible Kurse — so wird argumentiert — große Unsicherheiten in den internationalen Handel hineintragen, das Investitionsrisiko im internationalen Rahmen vergrößern und spekulative Kapitalbewegungen verursachen können, die zu allzu starken Kursaus-schlägen führen. So bleibt also nur eine Möglichkeit, um aus dem Dilemma herauszukommen, um den geschilderten Konflikt zwischen autonomer Konjunkturpolitik, stabilen Kursen und Freihandel zu überwinden, nämlich die Harmonisierung und Koordinierung der Konjunkturpolitik im internationalen Rahmen. Wenn es gelingt, die Wachstumsraten des Volkseinkommens und die Preisbewegungen in den einzelnen Ländern aufeinander abzustimmen, dann werden die Zahlungsbilanzen auch bei stabilen Kursen im wesentlichen ausgeglichen bleiben, und die verbleibenden kleinen Salden könnten leicht durch internationale Kreditgewährung abgedeckt werden. Jedenfalls wäre das schwerste Hindernis der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung — die Diskrepanzen der Konjunktorentwicklung im internationalen Rahmen — auf diese Art beseitigt. Die entscheidende Frage lautet nur, auf welchem Niveau die Harmonisierung stattfinden soll. Wenn z. B. früher der Bundesrepublik verschiedentlich empfohlen wurde, ihren Inflationsgrad an denjenigen der anderen Länder anzupassen, um damit Zahlungsbilanzüberschüsse zu beseitigen, so kann man darauf nur antworten, daß mit einem solchen Vorschlag die Harmonisierung überfordert, ja der Gedanke geradezu verfälscht wird. Niemand kann von einem Land verlangen, das Niveau der Inflation, wie es sich ringsum ausgebreitet hat, zu importieren.

NOTWENDIGKEIT EINER KOORDINIERUNG DER KONJUNKTURPOLITIK

Wenn man sich nun für eine übernationale Konjunkturpolitik entschlossen hat, welche Voraussetzungen sind dann zu erfüllen? Zunächst ist es klar, daß die

Koordinierung der Konjunkturpolitik eine Einigung über die Rangordnung der konjunkturpolitischen Ziele notwendig macht. Als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe tritt nun in letzter Zeit immer mehr das Ziel der Sicherung eines stetigen und kräftigen wirtschaftlichen Wachstums hervor. Die Realisierung dieses Oberzieles verlangt aber

- die Verhinderung von Inflation und Deflation, um eine ungleichmäßige Verteilung des größeren Güterkuchens auf die einzelnen Schichten des Volkes zu verhindern;
- die Vollbeschäftigung aller menschlichen und sachlichen Produktivkräfte sowie
- den Ausgleich der Zahlungsbilanzen, damit die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, ungestört von protektionistischen Zahlungsbilanzmanipulationen, zur bestmöglichen Verwendung der Produktivkräfte beitragen kann.

Wir wissen nun, daß die Ziele der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung und des Zahlungsbilanzausgleiches nicht immer miteinander vereinbar sind, so daß schon im nationalen Rahmen, um wieviel mehr dann im übernationalen Bereich, eine Rangskala aufgestellt und ein gewisser Kompromiß gefunden werden muß. Hieraus folgt, daß in Perioden sinkender Beschäftigung und stabiler Preise das Ziel der Vollbeschäftigung in den Vordergrund treten muß, während bei hohem Beschäftigungsgrad und drohenden Preissteigerungstendenzen das Hauptaugenmerk auf das Ziel der Preisstabilität zu richten ist. Wenn nun alle Länder den Kompromiß zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung in gleicher Weise anstreben, also den gleichen Kurs der Wirtschaftspolitik ansteuern, dann können auch Konflikte mit dem dritten Ziel — dem Zahlungsbilanzausgleich — vermieden werden. Derartige Konflikte tauchen in der Regel nur dann auf, wenn die Konjunkturpolitik der einzelnen Länder nicht aufeinander abgestimmt ist, wenn in den einzelnen Ländern jeweils andere konjunkturpolitische Zielsetzungen dominieren.

Das Dilemma — steigende Zahlungsbilanzüberschüsse als Folge der Inflationsbekämpfung — kann verhindert werden, wenn die Politik der Inflationsbekämpfung im internationalen Rahmen koordiniert wird. Wenn nicht nur, wie lange Zeit in der BRD, kontraktive Maßnahmen durchgeführt werden, sondern die anderen Länder mitziehen, kann die Verstärkung der Zahlungsbilanzüberschüsse vermieden werden: Preisstabilisierungsmaßnahmen im eigenen Lande werden also dann nicht zu steigenden Exporten, d. h. zu Zahlungsbilanzüberschüssen führen, wenn auch das Ausland eine Politik der Preisstabilisierung betreibt. Zum gleichen Ergebnis führt die Harmonisierung der Diskontpolitik: Wenn die Erhöhung des Diskontsatzes von Diskonterhöhungen anderer Länder begleitet wird, werden die gefürchteten Geld- und Kapitalimporte, die den Überschuß verstärken, unterbleiben.

Durch die Harmonisierung der Konjunkturpolitik können dann zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die Realisierung des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts wird nicht durch Preisgabe des Zahlungsbilanzausgleichs erkauft, zugleich werden die Maßnahmen, die der Inflationsbekämpfung dienen, nicht mehr durch importierte Inflationswellen, die durch Zahlungsbilanzüberschüsse eindringen, zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Wir sehen also, daß der Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität einerseits und Zahlungsbilanzausgleich andererseits, der bei autonomer, isolierter Konjunkturpolitik kaum zu vermeiden ist, bei internationaler Verständigung wesentlich gemildert werden kann. Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz, die sich dann noch ergeben, werden sich normalerweise im Rahmen der Devisenreserven und der internationalen Kreditlinien halten.

Damit dürfte die Notwendigkeit einer Koordinierung der Konjunkturpolitik nachgewiesen sein. Sie enthält, um zusammenzufassen, zwei Vorteile:

- Wenn sich alle Länder auf einen optimalen Kompromiß zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität einigen und diese Zielsetzungen konstant verfolgen, bleiben die Zahlungsbilanzen im wesentlichen ausgeglichen, und der alte Gegensatz zwischen Konjunkturpolitik und Freihandel verschwindet auf übernationaler Ebene.
- Die Konjunkturpolitik des einzelnen Landes wird nicht mehr, wie es bei isoliertem Vorgehen der Fall ist, durch Außenhandelseinflüsse gestört: Restriktive konjunkturpolitische Maßnahmen werden nicht länger durchkreuzt durch die expansiven Effekte von Zahlungsbilanzüberschüssen; andererseits können Maßnahmen zur Konjunkturankurbelung ergriffen werden, ohne daß Zahlungsbilanzdefizite entstehen, die in die entgegengesetzte Richtung, also kontraktiv wirken.

MASSNAHMEN UND PROBLEME EINER GEMEINSAMEN INFLATIONSBEKÄMPFUNG

Wir wollen uns nun etwas näher mit den Maßnahmen und Problemen einer Inflationsbekämpfung im internationalen Rahmen beschäftigen. Dieses Problem ist im Augenblick aus der Sicht der Bundesrepublik sicher nicht akut, war aber von größter Bedeutung in den vergangenen Jahren und wird — das kann man wohl mit einiger Sicherheit sagen — von großer Bedeutung auch in zukünftigen Jahren sein. Bekanntlich wird üblicherweise empfohlen, Preissteigerungen sowohl durch Maßnahmen, die der Erhöhung des Gesamtangebots dienen, wie auch durch solche, die die Nachfrageentwicklung dämpfen, zu bekämpfen.

Größere Bedeutung als der Angebotsförderung kommt allerdings der Dämpfung der Nachfrage zu, die von den einzelnen Ländern im Gleichschritt vollzogen werden muß. Das Beispiel der BRD zeigt, daß das

Vorpreschen eines Landes in der Nachfragedämpfung Zahlungsbilanzüberschüsse zur Folge hat, die den Erfolg der eigenen Politik via importierte Inflation in Frage stellen. Deshalb muß der Grad der Inflationsbekämpfung in allen Ländern sorgfältig aufeinander abgestimmt werden sowie auch eine Verständigung über die Art der eingesetzten Mittel erfolgen. Es ist dabei m. E. im Interesse der Koordination nicht so sehr zweckmäßig, das Schwergewicht auf geld- und kreditpolitische Restriktionsmaßnahmen zu legen, z. B. auf Diskonterhöhungen, die den Kredit verteuern. Ein Verzicht auf Kreditverteuerung empfiehlt sich jedenfalls immer dann, wenn das Ausland andere Mittel, z. B. fiskalpolitische Mittel, bei der Nachfragedämpfung vorzieht und weniger Gewicht auf die Kreditverteuerung legt, weil deren Effekt zu unbedeutend ist. Eigene Maßnahmen der Kreditverknappung und Kreditverteuerung, also Zinserhöhungen, werden unter diesen Umständen die Geldimporte aus dem Ausland fördern, weil dem Wunsch des Inlandes nach liquiden Mitteln aus dem Ausland der Wunsch der ausländischen Wirtschaft begegnet, ihre Mittel zur Erwirtschaftung höhere Erträge im Inland anzulegen.

Die Partnerländer sind jetzt vor die Alternative gestellt, entweder dem Schwund der Devisenreserven, der mit dem Abfluß kurzfristiger Gelder verbunden ist, tatenlos zuzusehen oder zur Sicherung der Devisenreserven ebenfalls den Diskont zu erhöhen, obwohl man glaubt, der Inflation mit anderen Mitteln besser beikommen zu können. Zur Vermeidung solcher Situationen sollte man im internationalen Rahmen das Schwergewicht der Inflationsbekämpfung vor allem auf finanzpolitische Maßnahmen legen. Zu bevorzugen sind dabei solche Mittel, die die Ausgaben des Staates und die private Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern unmittelbar drosseln, aber die Liquiditätssituation im Inland so wenig wie möglich beeinträchtigen, so daß zur Aufnahme von Auslandsgeldern keine Veranlassung besteht. Ich bin mir natürlich bewußt, daß bei der vornehmlich institutionell bedingten Unbeweglichkeit sowie der hochgradigen Interessentenabhängigkeit der Finanzpolitik eine solche Empfehlung eher ausgesprochen als realisiert ist.

Mit der Frage der Mittelwahl ist bereits ein wichtiges Problem angeschnitten worden, das sich bei einer Harmonisierung der Konjunkturpolitik ergibt. Weitere Probleme einer international koordinierten Inflationsbekämpfung ergeben sich aus der Tatsache, daß die Inflationsursachen einen gewissen Wandel durchgemacht haben, daß neben der reinen Nachfrageinflation die Kostendruckinflation zunehmend Bedeutung erlangt hat. Mit dem Begriff der Kosteninflation will man die Tatsache kennzeichnen, daß in den letzten Jahren Kosten-, insbesondere Lohnsteigerungen für Preiserhöhungen verantwortlich waren, da ja höhere Kosten, z. B. höhere Löhne, auch höhere Einkommen bedeuten und damit die Voraussetzung für eine Überwälzung der Kosten auf die Preise von der Nachfrage-

seite her gegeben ist. Die Kosteninflation steht im Gegensatz zur reinen Nachfrageinflation; hier steigen die Preise infolge einer autonomen, vom Kostendruck unabhängigen Nachfrageerhöhung, z. B. als Folge zunehmender Staatsausgaben oder Exporte.

Kann nun — so möchte ich fragen, und diese Frage ist für die übernationale Konjunkturpolitik von größter Bedeutung — die Kosteninflation mit den gleichen Mitteln bekämpft werden, wie eine reine Nachfrageinflation, d. h. durch geld- und finanzpolitische Restriktionsmaßnahmen? An dieser Frage können sich die Geister scheiden, kann die übernationale Konjunkturpolitik Schiffbruch erleiden. Überstarke Lohnerhöhungen wirken ja, isoliert gesehen, kostenerhöhend und bei konstanter Nachfrage beschäftigungsmindernd. Diese Beschäftigungsminderung wird nur verhindert, wenn gleichzeitig mit der Lohnerhöhung die Gesamtnachfrage expandiert. Versucht man nun aber im Zuge der Inflationsbekämpfung, diese Nachfrage durch restriktive Maßnahmen wieder abzubauen, während die Löhne auf ihrem erhöhten Niveau verbleiben, dann ist Unterbeschäftigung unvermeidlich, eine Gefahr, die bei Bekämpfung reiner Nachfrageinflationen viel weniger akut ist. Ob man nun die Unterbeschäftigung in Kauf nimmt, dem Zurückdrehen der Preisschraube also Opfer bringt, das hängt weitgehend von der wirtschaftspolitischen Grundeinstellung der verantwortlichen Instanzen ab. Hier wird die Frage nach der Zielsetzung bei der Inflationsbekämpfung akut.

Die Staaten sollten sich als Ziel der Konjunkturpolitik auf einen optimalen Kompromiß zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität einigen. Wie sieht aber in diesem Falle der optimale Kompromiß aus? Soll man die nachfragepolitischen Restriktionsmaßnahmen weiter fortführen, der Preisstabilität also die Vollbeschäftigung opfern, oder soll man, um die Vollbeschäftigung zu sichern, auf eine Bekämpfung der Kosteninflation verzichten? Es bedarf keiner Sehergabe, die Prognose zu stellen, daß zwischen den einzelnen Regierungen erhebliche Diskrepanzen bei der Beantwortung dieser Frage entstehen werden. Die Wirtschaftsordnungen, der Druck von Interessentenverbänden, die politische Stabilität sowie die zeitliche Entfernung des Wahltermins lassen unterschiedliche Auffassungen unvermeidlich werden. Während das eine Land zur Erzwingung der Preisstabilität ein gewisses Maß an Unterbeschäftigung in Kauf zu nehmen gewillt ist, wird im anderen Land jeder Anlauf zur Beseitigung der Kosteninflation von der ersten leisen Welle der Unterbeschäftigung zum Stehen gebracht. Während also schon die Frage der Mittelwahl zu Differenzen in den Harmonisierungsbestrebungen führen kann, werden sich die Grenzen der Koordinierung noch stärker in der Auswahl der Ziele zeigen. Unverbindliche Postulate — wie „günstigste Kombination von Vollbeschäftigung und Preisstabilität“ —, auf die sich alle Länder einigen können, erleben erst dann

ihre Bewährungsprobe, wenn solche vagen Postulate mit einer bestimmten Situation konfrontiert werden.

Schließlich scheint mir ein drittes, mehr wirtschaftspsychologisches Problem, das sich bei einer Harmonisierung der Inflationsbekämpfung ergeben mag, von Bedeutung zu sein. Wir machen die Beobachtung, daß Eingriffe zur Dämpfung der Hochkonjunktur im Grunde von der breiteren Schicht des Unternehmertums abgelehnt werden, sei es, daß das Phänomen der Überhitzung vom Standpunkt des Unternehmers nicht als solches anerkannt oder jeder konjunkturpolitische Eingriff — soweit er dämpfender Natur ist — bereits als Seitensprung vom Pfad der marktwirtschaftlichen Tugend, als erster Vorbote einer umfassenden dirigistischen Wirtschaftsplanung empfunden wird. Eine solche Haltung, die nicht zu unterscheiden weiß zwischen echtem Dirigismus und dem (durchaus marktkonformen) Versuch, ökonomische Größen im Interesse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aufeinander abzustimmen, ist symptomatisch für einen Mangel an wirklichem Konjunkturbewußtsein. Diese Abwehraltung gegen konjunkturpolitische Aktivität kann als Hindernis einer erfolgreichen Stabilisierungspolitik gar nicht überschätzt werden. Sie erschwert damit aber auch — bei unterschiedlichem Konjunkturbewußtsein in den einzelnen Ländern — eine erfolgreiche Koordinierung der Inflationsbekämpfung, da in einem Lande schon als dirigistisch und untragbar empfunden wird, was sich im anderen noch der Billigung der öffentlichen Meinung erfreut.

Damit habe ich eine Reihe von Grenzen der übernationalen Konjunkturpolitik aufgezeigt. Diese ergeben sich naturgemäß eher bei der Bekämpfung der Hochkonjunktur als bei der Beseitigung von Depressionen. Die Frage, inwieweit es bereits — zumindest im europäischen Raum — Ansatzpunkte zu einer übernationalen Konjunkturpolitik gibt, konnte hier nicht behandelt werden. Zwar betrachten die Mitgliedstaaten der EWG nach Artikel 103 des Vertrages ihre Konjunkturpolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamen Interessen, zwar heißt es in Artikel 105, daß die Mitgliedstaaten, um die Verwirklichung der Vollbeschäftigung, eines stabilen Preisniveaus und des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz zu realisieren, ihre Wirtschaftspolitik koordinieren. Es ist jedoch kritisch immer wieder bemängelt worden, daß zwar die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in dem Vertragswerk verankert sei, bisher aber keine Möglichkeit bestand, diese Koordinierung zu erzwingen. Rat, Empfehlungen, Expertengespräche, das sind die Möglichkeiten, die bisher existieren, ohne daß dahinter ein wirklicher Druck, eine wirkliche Realisierungsmöglichkeit auch für noch so dringende und wichtige Empfehlungen steht. Soll es aber bei stabilisierten Wechselkursen gelingen, den Wirtschaftsablauf in den Ländern zu stabilisieren, so bleibt die Forderung nach einer Harmonisierung der Konjunkturpolitik unabdingbar für das Funktionieren der Weltwirtschaft.